

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16  
Königsplatz 15 (Redaktion z. Dittmar)  
Verleger: Amt Moritzplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Postgebühr) 100 Mk.

## Volk in Not!

Es ist unverkennbar, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland treiben der Katastrophe zu seit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die französischen und belgischen „Ingenieure“, richtiger, seit die französischen und belgischen Truppenmassen in Westfalen besetzt halten. Leider ist nicht klar durchsichtig, wie weit die deutsche Regierung die Nichterfüllung der deutschen Reparationen mit verschuldet hat, denn auch der sozialdemokratische Minister, im Reichstage hat die Möglichkeit offen gelassen, die notwendigen Holzungen für die Ententeleistungen rechtzeitig zu leisten. Ob es bezüglich der Kohlenmengen ähnlich liegt, ist abseits vom Wirtschaftsbezirk und von den einschlägigen Kreisen schwer entscheiden. Eins muß man sich aber in Erinnerung bringen: Die Erfüllungspolitik war das politische Prinzip, das sowohl das Bürgertum als auch die Sozialdemokratie beider Parteien eingestanden waren. Nur die Kommunisten wollten feinerer mit den Waffengeführten Rußlands den Kampf gegen den französischen Imperialismus aufnehmen, während die Masse der deutschen Bevölkerung, Bürgertum sowie Arbeiterschaft, den Kampf nicht einnahm, daß nichts anderes übrig bleibe, als dieser Erfüllungspolitik nachzugeben. Von dem deutschen Nationalen und Sozialistischen Rachegeist wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht reden, denn diese Kreise sind ja die Hauptschuldigen, die uns ins Verderben führten.

Während die wiederholten Verhandlungen der sozialistischen Internationale wie die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale diese Erfüllungspolitik sozusagen sanktioniert. Es sollte eine klare politische Bahn vorhanden. Wenn die deutsche Regierung von dieser Bahn abgewichen ist, müssen schwerwiegende Gründe vorhanden gewesen sein. Nach Angabe der Regierung Cuno und der beteiligten Wirtschaftskreise ist das Unmöglichste auf dem Gebiete der Erfüllungspolitik geleistet worden. Das Erfüllungsprogramm der früheren Regierung Dr. Brüning sollte strikte durchgeführt werden und die „Versehlungen“ der Regierung als so minimal bezeichnet, daß sie keinerlei Berechtigung zu tragenden Maßnahmen geben konnten, wie es der Bruch des Versailler Friedensvertrages bedeutet. Das sind die Darlegungen der deutschen Regierung, die in allen Einzelheiten wir nachzuprüfen in der Lage sind. Andererseits wollen wir nicht verkennen, daß es scheint uns als das Wichtigste bei Beurteilung der Sachlage: die Besetzung des Ruhrgebiets mit allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen ist ein so ungeheuerlicher Verstoß gegen das Völkerrecht und auch wider den Versailler Friedensvertrag, daß wir gemessen, die fehlenden Reparationsmengen wahrlich keinen Rechtfertigungsgrund abgeben können für dieses brutale Vorgehen. Es war vorauszusetzen, daß mit der Besetzung des Ruhrgebiets eine weitere kolossale Entwertung der deutschen Mark sich zeigen würde und daß damit das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands schwerste gefährdet ist. Wenn freilich die Stimmen recht behalten, die da meinen, daß Frankreich in jedem Falle die Besetzung des Ruhrgebiets wollte, weil seine Großindustriellen neben den bereits „erstem“ Erzlagern in Lothringen nun auch noch die größten Kohlenwerke Deutschlands haben wollen und daß die französische Regierung Voltaire ein williges Werkzeug dieser machttüftlerischen Großindustrie Frankreichs ist, dann hätte die Erfüllungspolitik allerdings ihren Zweck völlig verfehlt und wir hätten den Leidensweg vor zwei Jahren gehen müssen, den uns jetzt der französische Imperialismus diktiert hat.

Es hat allerdings für die deutsche Arbeiterschaft im gegenwärtigen Moment nur bedingten Wert, sich über die Motive in Meinungsverschiedenheiten zu ergehen. Entscheidend und wichtig ist die eine Tatsache: Europa wird auch in Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommen, wenn die Nachpolitik, wie sie sich in der Besetzung des Ruhrgebiets äußert, nicht baldig beendet wird.

Welche Wege sind dazu nötig?  
Die Gewerkschafts-Internationale hat bereits im Rom im vergangenen Jahre, sowie weiter durch ihre berufenen Vertreter beim Haager Weltfriedenskongreß vor einem Monat zum Ausdruck gebracht, daß die Ruhrbesetzung als eine Art „Kriegsfall“ anzusehen ist, demgegenüber mit aller Schärfe von allen Arbeitern der Welt den Generalkrieg anzuwenden.

Die Aktionsvorbereitungen sind im Gange und wir möchten deshalb im gegenwärtigen Moment keine bestimmten Direktiven ausgeben. Immerhin muß aber doch gesagt werden, daß bei der Schwäche in Zahl und Auswirkung der französischen organisierten Arbeiterklasse, die noch dazu durch die politischen Meinungsverschiedenheiten gespalten ist, ein entscheidender Nachfaktor leider in dem Lande uns fehlt, das zurzeit der Hauptfaktor der ganzen Ruhrbesetzungsaktion ist. Etwas ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Belgien, das sich an der Besetzung gleichfalls beteiligt hat. Italien, dessen Standpunkt bis heute noch nicht ganz geklärt ist, steht unter der Faschistenherrschaft Mussolinis im großen und ganzen auf selten Frankreichs. So verbleibt als letzte Hoffnung die anglo-amerikanische Welt sowie die kriegsneutralen Länder. England steht in seiner bürgerlichen Mehrheit zurzeit der Ruhrbesetzung offenkundig mit Unlust und Mißtrauen zu. Ob eine durchgreifende Hilfsaktion aber von dieser Seite für uns zu erwarten ist, erscheint uns doch recht zweifelhaft. Tatsächlich versucht die einflussreiche englische Arbeiterpartei alles, um die Besetzung rückgängig zu machen. Amerika, das nach der Auffassung des naiven deutschen Bürgers verpflichtet wäre, die Innehaltung des von Wilson unterbreiteten Friedensvertrages mit den 14 Punkten zu überwachen, verhält sich anscheinend. Jedenfalls ist der Zeitpunkt noch nicht zu erkennen, wo ein Eingreifen von dieser Seite erfolgt. Von den neutralen Staaten hören wir nur, daß Branting für Schweden den Völkerverbund mobilisieren will. Eine Sache, die ja an und für sich Wochen und Monate dauern würde und wahrscheinlich keine erhebenden Resultate bringt, da der Völkerverbund doch in erheblichem Maße unter dem politischen Einfluß Frankreichs steht. Die Einflußlosigkeit der übrigen neutralen Staaten hat sich sowohl bei Ausbruch des Weltkrieges aus auch während desselben wiederholt gezeigt. So ist das ganze Bild für die deutsche Arbeiterschaft geradezu trostlos, und es bleibt nur wieder der bekannte Ruf zur Selbsthilfe.

Das Bürgertum, mit den Deutschnationalen an der Spitze, formuliert diesen Ruf zur Selbsthilfe dahin, daß es die Einheitsfront im Innern fordert. Die Arbeiterschaft kann diesen Weg unmöglich gehen. Wenngleich in der großen Notlage, in der wir gegenwärtig als deutsches Volk stehen, wir nicht vergessen dürfen, daß der Druck des Versailler Friedensvertrages in Verbindung mit der Besetzung des Ruhrgebiets am meisten von den Arbeiterschichten empfunden wird, tritt doch auch die Bedrohung von den Feindern im eigenen Lande so offenkundig in Erscheinung, als daß sie vergessen werden könnte. Großagrarier, Großhandel und Industrie sind in förmlichem Wettbewerb, wie sie die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum auspowern können. Keine Verordnungen und Besetze haben bisher daran etwas zu ändern vermocht. Festgestellt ist vielmehr, daß die

Großindustriellen Steuernachlässe in den verschiedensten Formen, sei es durch Stundung oder Verschiebung des Zahlungstermins, erhalten haben, so daß die offensündigen Ungerechtigkeiten, die sich hier zeigen, nie vergessen werden können. So hat z. B. Genosse Dr. Herß im Hauptausschuß des Reichstags festgestellt, daß für die Zehngewaltigen allein 25 bis 40 Milliarden Rohsteuern gestundet wurden. Noch stärker aber zeigt sich die Ausbeutung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums in ihrer Eigenschaft als Konsumenten durch das ungeheuerliche Hochschnellen auch der Inlandspreise für fast alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, selbst dann, wenn sie mit dem steigenden Dollar in keinerlei Zusammenhang stehen.

Daraus folgert, daß die Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften jetzt mit aller Kraft erneut versuchen muß, den ständig wahnwichtig ansteigenden Preisen durch Erhöhung der Löhne nachzukommen. Diese einfache Formel des gewerkschaftlichen Kampfes ist unkräftig Erachtens zurzeit die einzig klar erkennbare Abwehrmöglichkeit der Erschütterungen, die die Ruhrbesetzung zur Folge hat.

Eine Zusammenkunft des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit den Fraktionsvorständen des Reichstags, Landtags, sowie Vertreter des ADGB und IFA ergab vollständige Übereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefährdende Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordere, und daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und daß alles unterbleiben müsse, was geeignet sei, die Abwehr zu fördern und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter legen entscheidendes Gewicht darauf, daß die Regierung schon im Vorbereitungsstadium über alle Maßnahmen die Meinung der Arbeitervertreter sowohl aus den zentralen Körperschaften, wie insbesondere aus dem Ruhrrevier einholt.

Die Trennungslinie gegen die nationalistischen Elemente, welche den Rechtsbruch Frankreichs zu einer neuen allgemeinen Wältererhebung ausnützen oder zu Unbesonnenheiten aufputzen, soll in aller Schärfe gezogen und der Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortgesetzt werden.

Wenn wir darüber hinaus noch fordern müssen, daß auch die Gewerkschaftsinternationale sich rührt und mit aller Energie anstrebt, daß Aktionen unternommen werden, die eine gewisse politische Beeinflussung zur Folge haben, so unter dem allgemeinen Gesichtspunkt, daß es nicht angehen kann, wenn ein Volk nun schon seit 4 Jahren theoretisch in Frieden lebt, praktisch aber in den Kriegszustand veretzt wird durch die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages und seiner Auslegung. Inzwischen ist es im Ruhrgebiet zu den ungeheuerlichsten Maßnahmen des französischen Militarismus gekommen. Töten wurden befohlen, es ist geschossen worden auf die Bevölkerung, zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen und es besteht die hohe Gefahr, daß das gesamte Wirtschaftsleben des Ruhrgebiets unterbunden wird.

Es sind trübe Zeiten, in denen wir stehen. Wir erwarten von allen unseren Kollegen, daß sie sich der Schwierigkeiten der Situation bewußt sind und daß die Einigkeit der Arbeiterschaft jetzt mehr denn je erhalten werden muß, um dieser Schwierigkeiten Herr werden zu können.

### Wie der Reichsarbeitgeberverband auf die Verelendung der Arbeiterschaft hinwirkt.

Von der Leitung des Reichsarbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände wird bei gewissen Gelegenheiten gern darauf hingewiesen, daß dieser Verband besonders auch zur Herbeiführung eines guten Einvernehmens mit den Arbeitern gegründet worden sei. In Wirklichkeit führt diese Leitung häufig das gute Einvernehmen, wie aus folgendem Schreiben hervorgeht, welches die Scharfmacherallüren des Reichsarbeitgeberverbandes deutlich zeigt:

„Reichsarbeitgeberverb. Deutscher Gemeinden u. Kommunalverbände e. V. Charlottenburg 2, Großmannstr. 26. A. Nr. 2337/22, III B. 29. November 1922. Hlbg. I Cte.

An den Magistrat der Stadt Breslau.  
 Betr.: Gemeindegewerkschaften. Die Lohnbewegungen in allen Wirtschaftsbezirken des Reiches werden von der Reichsgeschäftsstelle mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Besonders Interesse wird dabei den schließlichen Lohnregelungen entgegengebracht, da sie bisher als Ergebnisse einer im allgemeinen erfolgreichen, dem Interesse der Ver-

waltungen wie auch berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft sprechenden Lohnpolitik betrachtet wurden, die in folgerichtiger Weise an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirkes geknüpft werden sollten. Vergleiche mit anderen Bezirken ließen darauf schließen, daß zwar auch in Schlesien und in Breslau die sich in der Lohnsetzung widerspiegelnde allgemeine Teuerung auswirkte, jedoch in Ausmaß, welches immer hinter den Verhältnissen in anderen Bezirken insbesondere im Westen zurückblieb. Diese Entlohnung ist eine Frage der schließlichen Verhältnisse, zum anderen vom Standpunkt der Verhältnisse im ganzen Reich berücksichtigenden Lohnpolitik aus begründet worden.

In Anbetracht dieser Umstände erscheinen der Reichsgeschäftsstelle mitgeteilten Festlegungen der Gemeindegewerkschaften für den November weder in der Linie der bisherigen Entwicklung zu verurteilen, abgesehen von der Höhe nach, die ab 16. d. M. geltenden Breslauer Löhne weit über die in allen anderen Bezirken und Orten vereinbarten Löhne hinausgeschneit, wie anliegende Uebersicht nachweist. Diese Wertverhältnisse bleiben auch die sonst höchsten Löhne zahlender Bezirke Mannheim, Hamburg, Bremen, Offenbach, Köln und Witten, Rheinland, Weiskalen, Schleswig-Holstein und sogar die Besetzung der Provinz um ein beträchtliches hinter Breslau zurück.

Der Reichsgeschäftsstelle ist bekannt, daß die vorliegenden Festlegungen auf Grund der Errechnungen des Lohnnamens richtig sind, doch auch bei Berücksichtigung der Anwendung dieser geltenden Löhne vermag die Reichsgeschäftsstelle diese sprunghafte Lohnsteigerung der bisherigen Entwicklung nicht in Übereinstimmung zu bringen, wenn sich die Nachteile aller geltenden Methoden sich auch im vorliegenden Falle bemerkbar machen dürften. Jedoch hat in anderen Orten die Anwendung geltender Systeme auch die Festlegung niedriger Löhne gegeben. Ebenso bleiben die Reichsarbeiterlöhne ab 16. November erheblich hinter Breslau zurück. Ein Vergleich der Breslauer Löhne für die Monate August bis November mit den entsprechenden Reichssteuerzahlen hinausgehende Lohnsteigerung erkennen.

Die Breslauer Löhne werden, wie aus verschiedenen Angaben ersichtlich ist, als Beweggründe für neue, arbeiterfeindliche Lohnforderungen in anderen Bezirken ins Feld geführt werden. Ob sie etwas auch zu anderen Forderungen der Reichsarbeiter Anlaß geben werden, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Um aber jeder unbegründeten Einwirkung anderer Bezirke vorzubeugen, wäre die Reichsgeschäftsstelle für geeignete Mittelstellung darüber sehr dankbar, welche besonderen Umstände und rechnungsunterlagen zu den Lohnfestlegungen geführt haben. Bei dabei bemerkt, daß schon die Löhne ab 1. November vielleicht das andere sonst teurerer Bezirke erreicht, wenn nicht überschritten haben, eine Nachprüfung der Zweckmäßigkeit der Anwendung des geltenden Lohnsystems für die Folgezeit zu anderweitigen Entschärfungen sollte, darf ergebnis gleichfalls um Mitteilung gebeten werden. Interesse für die Reichsgeschäftsstelle wäre es auch zu erfahren, in welchem Umfange die Industrie den Errechnungen des Lohnnamens ihrer Lohnfestlegung gefolgt ist oder ob nicht im allgemeinen die Lohnsätze erheblich niedriger geblieben sind.

gez.: Dr. Sternberg-Maack, Stadtrat a.

Die Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes kennt nach anscheinend nur eine „sprunghafte Lohnsteigerung“, die keine sprunghafte Preissteigerung. Vom Frühjahr bis zum November 1922 standen unsere Kollegen in Breslau bis zu einigen Wochen hinter den verschiedensten Industrielöhnen in Schlesien zurück, malis kümmerte sich der Arbeitgeberverband nicht darum, daß unsere Kollegen einen Lohn erhielten, in einem auffallenden Mißverhältnis zu den wirklichen Erhaltungskosten und den anderwärts gezahlten Löhnen stand. Gegenteil, die Reichsgeschäftsstelle, die die Lohnbewegungen in allen Wirtschaftsbezirken „mit großer Aufmerksamkeit“ verfolgte brachte gerade aus diesem Grunde den Lohnregelungen in Breslau ein „besonderes Interesse“ entgegen. Es klingt wie hohn und hält eine abgrundtiefe arbeiterfeindliche Gesinnung, wenn es die früheren Lohnregelungen als „besonders erfolgreich“ bezeichnet werden. Das Schreiben zeigt ferner, daß bestimmte Methoden Lohnfestlegung für den Reichsarbeitgeberverband nur immer in Frage kommen, als sie geeignet sind, die Löhne über den niedrigen zu halten. Breslau hat bekanntlich eine geltende Lohnregelung, wobei die Lohnhöhe auf Grund von Berechnungen Lohnnamens ermittelt wird. Bei der vom 1. Oktober ab geltenden Errechnung des Breslauer Lohnnamens wurde die im Herbst getretene neue Preissteigerung besser erfasst, wodurch unsere Kollegen ausnahmsweise und vorübergehend dem Industrielohn voran kamen. Sofort wird das hinauffchnellen der Löhne nach und in schwärzesten Farben dem Magistrat Breslau ausgelegt, welche Konsequenzen für das ganze Reichsgebiet daraus entstehen könnten, wenn ausnahmsweise endlich auch einmal eine Lohnregelung annehmene Festlegung des Lohnes erfolgte.

Der Magistrat Breslau hat denn auch tatsächlich verurteilt, die Lohnregelungen des Reichsarbeitgeberverbandes ein Schiedspruch die Lohnregelung gebildet, der von beiden Parteien annehmen war, welchem für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 fester Ausgangslohn für die Errechnung des Lohnnamens festgelegt worden war. Der Magistrat wurde jedoch mit diesem Verhalten sowohl von der örtlichen als auch von der Bezirksgewerkschaft

In dem von der Bezirkschiedsstelle beauftragten Ausschuss der örtlichen Schiedsstelle heißt es: Die Parteien haben den Spruch der Schiedsstelle vom 7. Okt. angenommen. Durch diesen Spruch ist eine tarifvertragliche Vereinbarung zustande gekommen, die bis zum 31. Dezember 1922 in Kraft bleibt. Der Magistrat kann daher einen rechtlich begründeten Antrag auf Erhöhung der Löhne nicht erheben. Der Magistrat Brestlau vom 1. Dezember 1923 ab eine Reduzierung der Löhne zu erreichen. Bei dieser wirtschaftlichen Lage im neuen Jahre und angesichts der sprunghaftesten Preissteigerung, die gerade in letzter Zeit stattgefunden hat, mußte dieses besonders eigenartig an. Entsprechend dem Willen des Arbeitgeberverbandes verfolgte man jedoch das Ziel der Herabsetzung.

Das dem Schreiben ist ersichtlich, daß im Grunde die Massen der Arbeiter in Gemeindebetrieben nicht geringer als in Privatbetrieben sind, obwohl die Leiter städtischer Unternehmen und die Arbeiter selbst selber Arbeitnehmer sind. Wir hoffen, das Schreiben des Reichsarbeiterverbandes hierüber auch den Kollegen die nötige Klarheit schaffen wird, bei denen sie sich für die Herabsetzung der Löhne einsetzen. Der Magistrat Brestlau vor dem Schlichtungsausschuss. Der Magistrat hat die drei Herren, die als „unparteiische Vorkommission“ bezeichnet waren — und zwar nur diesen, nicht den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbevollmächtigten —, je eine Abschrift des vorstehenden Schreibens des Reichsarbeiterverbandes zugesandt. Aus welchem Grunde man den Beisitzern dieses Ausschusses vorzuziehen und nur die „Unparteiischen“ damit beauftragt, ist der Hand. Trotzdem hat diese Maßnahme den gewünschten Erfolg nicht gehabt wie der Ausschuss des Schlichtungsverfahrens. Die Unparteilichkeit der Vorsitzenden mußte jedoch durch die einseitige Information schwer gefährdet werden. R. Bed.

**Mitgliederstand am 1. Januar 1923.**

Die Mitglieder wurden auf Grund der eingelangten Berichtstarten am 31. Dezember 1922 227.641 männliche, 52.843 weibliche, zusammen 280.484 Mitglieder (November 280.474). Das sind gegenüber dem Vorjahr 5384 Mitglieder weniger, denn am 1. Januar 1921 hatten wir einen Mitgliederbestand von 285.868. Berücksichtigt man die überaus schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des verflochtenen Jahres, die Einwirkungen von Betrieben in Reich, Staat und Kommunen mit zu berücksichtigen, dann liegt kein Anlaß vor, pessimistisch zu sein.

Ort	Mitglieder am 1. Febr. 1922	Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1923			+ Abnahme - Zunahme	Satz der Mitglieder
		männlich	weiblich	zusammen		
Magdeburg	8006	2567	282	2889	+ 167	30
Berlin	48187	37559	11570	49409	+ 1242	910
Stettin	8273	3712	478	8185	+ 88	18
Brandenburg	8607	4404	1165	5569	+ 84	80
Bremen	7646	6841	644	7485	+ 61	67
Breslau	18573	10546	3299	13845	+ 79	680
Oberrhein	1446	1057	827	1884	+ 62	—
Wormund	4878	8700	1140	4946	+ 52	6
Bresden	11017	8788	1964	10789	+ 278	98
Halle/Dorf	10978	9093	1894	10989	+ 18	28
Herrut	6959	5251	1100	6351	+ 8	48
Frankfurt a. M.	16286	12618	2768	15386	+ 95	24
Frankfurt a. d. O.	1708	1793	145	1958	+ 280	29
Halle/Dorf	4009	3550	572	3922	+ 87	47
Halle	8937	2444	1028	3472	+ 156	80
Hannover	24223	11463	4863	24331	+ 108	158
Hannover	7823	6847	1157	7604	+ 19	84
Karlsruhe	6646	4681	867	5548	+ 108	29
Köln	1211	947	318	1195	+ 16	—
Köln-Unterbach	4584	4281	887	4568	+ 16	2
Köln	4317	3564	760	4324	+ 7	144
Köln-Bonn	12090	10656	1078	11734	+ 665	24
Königsberg l. Pr.	7488	5903	1446	7248	+ 190	569
Köln-Dangig	8928	8022	841	8863	+ 86	—
Köln	6719	4718	2044	6792	+ 79	78
Köln	4998	3534	1187	5012	+ 45	120
Magdeburg	6018	4741	1216	5957	+ 61	17
Magdeburg	6036	4901	1096	5997	+ 89	11
Magdeburg	837	654	21	675	+ 58	—
Magdeburg	11076	9005	2564	11569	+ 107	10
Magdeburg	1774	1483	290	1743	+ 81	2
Magdeburg	7498	6636	768	7404	+ 89	64
Magdeburg	8154	8809	689	8978	+ 24	9
Magdeburg	4923	8708	1022	4790	+ 193	4
Magdeburg	1593	1104	162	1828	+ 267	17
Magdeburg	6088	5498	823	6300	+ 224	81
Magdeburg	7932	6405	1514	7919	+ 18	56
Magdeburg	85	62	23	85	+ —	—
<b>Zusammen</b>	<b>280474</b>	<b>227641</b>	<b>52843</b>	<b>280484</b>	<b>+ 10</b>	<b>3488</b>

Der Verband der Berichtstartern für das IV. Quartal 1922 erfolgte an 943 Fälligkeiten, von denen wiederum 286 bis zum festgesetzten Termin die Einfindung veräußert haben. Wie die einzelnen Gänge an der Ab- bzw. Zunahme des Mitgliederbestandes beteiligt sind, ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich. In 12 Gauen und 2 Bezirken ist eine Zunahme von 2345 Mitgliedern festgestellt, 19 Gauen und 4 Bezirke wiesen eine Abnahme von 2335 Mitgliedern auf. Im 4. Quartal 1922 haben wir insgesamt 5898 Arbeitslose, davon 3561 männliche und 2337 weibliche Mitglieder. Am 31. Dezember waren in den berichtenden Fälligkeiten zusammen 3458 Mitglieder arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat mit 3567 Arbeitslosen eine Abnahme um 109. Unterstützt wurden im 4. Quartal 1922 nach den Angaben der Berichtstartern 1404 männliche, 579 weibliche, zusammen 1983 Mitglieder mit insgesamt 505.965 Mk. Die vor uns liegende Zeit ist ernst, Anspannung aller agitatorischen Kräfte ist dringendes Gebot auch im neuen Jahre.

**Landstraßenwärter**

Gau Magdeburg. Ab 1. Januar gelten folgende Lohnsätze für die Wärter und Arbeiter der Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen: Als Tagelohn wird gezahlt im Alter über 20 Jahre in Ortsklasse I: 2040 Mk., II: 1960 Mk., III: 1880 Mk. Verheiratete, verwitwete und geschiedene Straßwärter und Straßenarbeiter, die als Hausstandsvorstand einen eigenen Hausstand führen, erhalten ein Hausstandsgeld von 48 Mk. pro Tag. Für Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahr wird eine Kinderbeihilfe von 48 Mk. pro Kind und Tag nach den für die Beamten geltenden Grundfähn gewährt. Ein Anrecht auf die Löhne aus dem vorstehenden Abkommen haben nur die tarifreuen Arbeitnehmer. Diese Lohnsätze gilt vom 1. bis 31. Januar 1923.

**Aus unserer Bewegung**

Gau Magdeburg. Nach dem Schiedspruch des Kommunalarbeitersamtes vom 12. Januar 1923 gilt für Monat Januar folgende Lohnsätze: Lohngruppe I: Handwerker aller Berufe, angelernte Arbeiter mit erhöhter Verantwortung; II: angelernte Arbeiter und Dauernahschwerarbeiter; III: ungelernete Arbeiter; IV: gelernete Arbeiterinnen; V: ungelernete Arbeiterinnen; VI: Reinemachefrauen. Der Lohn beträgt vom vollendeten 21. Lebensjahre ab (in Mark):

Ortsklasse	Som 1.-15. Januar 1923						Som 16.-31. Januar 1923					
	Lohngruppe						Lohngruppe					
	I	II	III	IV	V	VI	I	II	III	IV	V	VI
A	550	833	326	221	193	140	430	409	400	271	237	172
B	838	816	309	210	183	135	409	388	379	258	225	164
C	815	208	291	198	178	126	387	366	357	244	213	155
D	287	270	268	181	158	115	353	332	323	222	194	141
E	248	246	239	160	145	105	323	302	298	203	178	129

Handwerker erhalten im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit 80 Prozent und im 2. Jahre nach beendeter Lehrzeit 90 Prozent des Volllohnes der Lohngruppe I der jeweiligen Ortsklasse. Ist dann das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht, wird trotzdem der in obiger Lohnsätze festgesetzte Lohn gezahlt.

Hausstandsgeld und Kinderbeihilfe betragen je 10 Mk. — Vorarbeiter und Schichtführer erhalten 2 Proz. Zulage auf den Lohn ihrer Gruppe. Ungelernte jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten (in Mark):

Ortsklasse	Männliche im Alter von Jahren						Weibliche im Alter von Jahren					
	15	16	17	18	19	20	15	16	17	18	19	20
Som 1. bis 15. Januar 1923.												
A	114	147	163	213	261	293	68	87	97	126	154	174
B	108	189	155	201	247	278	64	83	92	119	148	165
C	102	181	146	189	233	262	61	78	87	112	138	156
D	92	118	132	171	210	237	55	71	79	106	126	142
E	84	108	120	155	191	218	51	66	73	94	116	131
Som 16. bis 31. Januar 1923.												
A	140	180	200	200	320	360	83	107	119	154	190	218
B	183	171	190	246	303	341	79	101	113	146	180	203
C	125	161	179	232	286	321	75	96	107	138	170	192
D	113	145	162	210	258	291	68	87	97	126	155	175
E	103	132	147	190	234	264	63	80	89	116	142	160

Bielefeld. In der Generalversammlung am 15. Januar erstattete Kollege Reuter den Jahresbericht und dann den Kassenbericht. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 382.060,77 Mk. und eine Ausgabe von 275.365,55 Mk. Die Hauptkasse vereinnahmte 452.077,75 Mk. und gab aus 8968 Mk. 473.109,75 Mk. wurden der Hauptkasse bar überwiesen. In die Ortsverwaltung gewährt wurden die Kollegen Becker, Stadmeister, Kruse, Ralte, Radtrow, Blümann und Reuter.

Frankfurt a. d. O. In der Generalversammlung am 9. Januar gab Kollege Winnig die Abrechnung vom vierten Quartal. Die

Filialkaffe schließt mit 11 754 Mk. Vermögen ab. Nach reicher Aussprache wurden in den Filialvorstand gewählt: Schmalz, 1. Vorsitzender; Winnig, Kassierer; Steininger, Schriftführer. Die Versammlungen finden in Zukunft jeden Dienstag vor dem 15. des Monats statt. Der Kartellbeitrag wurde auf vier Mark pro Mitglied und Woche festgesetzt.

**Adeln.** In der Generalversammlung am 10. Januar erstattete Kollege Nagel den Jahresbericht. Der Kassenbericht vom vierten Quartal wurde von dem Kollegen Bösel gegeben. Die Einnahme der Kasse beträgt 63 282,65 Mk., die Ausgabe 15 146,35 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 48 136,30 Mk. Einnahmen für die Hauptkasse waren 95 474,50 Mk., Ausgaben 3708,— Mk. An den Hauptvorstand wurden abgeliefert 91 766,50 Mk. Der Mitgliederbestand ist 210. In den Vorstand wurden gewählt: Nagel, Vorsitzender, Rönberg, Stellvertreter; Dumke, Kassierer, Hartkopf, Schriftführer.

**Magdeburg.** Der Lohn beträgt vom vollendeten 21. Lebensjahre ab vom 1. bis 15. Januar 1923: In Lohngruppe Ia: 140 Mk., Ib: 193 Mk., IIa: 315 Mk., IIb: 326 Mk., III: 333 Mk., IV: 350 Mk., V: 357 Mk. Vom 16. bis 31. Januar 1923: In Lohngruppe Ia: 172 Mk., Ib: 237 Mk., IIa: 387 Mk., IIb: 400 Mk., III: 409 Mk., IV: 430 Mk., V: 439 Mk. Handwerker erhalten nach beendeter Lehrzeit im 1. Jahre 80 Proz. und im 2. Jahre 90 Proz. des Volllohnes der Lohngruppe IV. Ist dann das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht, wird trotzdem der Lohn für den volljährigen Handwerker gezahlt. Arbeiter und Arbeiterinnen vom vollendeten 12. Lebensjahre bis zum vollendeten 20. Lebensjahre erhalten 80 Proz. vom vollendeten 20. Lebensjahre bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 90 Proz. des Lohnes ihrer Lohngruppe. Arbeiter unter 22 Jahren, die den Volllohn ihrer Lohngruppe bereits erhalten haben, erhalten diesen weiter. Neben obigen Sägen erhalten verheiratete Arbeiter und Frauen, die die alleinigen Ernährer ihrer Familie sind, und solche mit eigenem Hausstand ein Hauslandsgeld von 10 Mk. Ferner wird eine Kinderbeihilfe von 10 Mk. nach den für die Beamten geltenden Grundsätzen gewährt.

**Potsdam.** Die Generalversammlung am 2. Januar 1923 wählte nach Abgabe des Tätigkeitsberichts durch Kollegen Scharnweber den bisherigen Filialvorstand wieder. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Scharnweber, 2. Vorsitzender J. Thöne, Schriftführer G. Hein, Kassierer H. Dieterich. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 6. Februar, statt.

**• Rundschau •**

Das Existenzminimum in der ersten Januarhälfte 1923. Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Januarhälfte um ein Viertel höher als in der ersten Dezemberhälfte, reichlich doppelt so hoch als in der ersten Novemberhälfte, fünfmal so hoch als in der ersten Oktoberhälfte, rund 55mal so hoch als im Januar 1922, etwa 100mal so hoch als im Januar 1921 und annähernd 140mal so hoch als im Januar 1920. Kartoffeln kosteten 450mal soviel als vor neun Jahren, rationiertes Brot 700mal soviel, Milch 900mal soviel, Zucker 1050mal soviel, Bohnen 1250mal soviel, Margarine 1300mal soviel, Reis 1400mal soviel. Brot im freien Handel und Gas 1600mal soviel, Erbsen, Speck, Britens 1650mal soviel, Roggenmehl 1700mal soviel. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung . . . . .	4 068 Mk.	6 869 Mk.	9 463 Mk.
Wohnung . . . . .	500 "	500 "	500 "
Heizung u. Beleuchtg. . . . .	3 070 "	3 070 "	3 070 "
Bekleidung . . . . .	4 517 "	7 528 "	10 539 "
Sonstiges . . . . .	3 583 "	5 329 "	7 011 "
1. Januarhälfte 1923 . . . . .	15 540 "	23 096 "	30 383 "
2. Dezemberhälfte 1922 . . . . .	12 885 "	19 381 "	25 579 "
1. Dezemberhälfte 1922 . . . . .	12 093 "	18 411 "	24 395 "
2. Novemberhälfte 1922 . . . . .	9 490 "	14 622 "	19 309 "
1. Novemberhälfte 1922 . . . . .	6 484 "	10 060 "	13 238 "
2. Oktoberhälfte 1922 . . . . .	4 369 "	6 754 "	8 871 "
1. Oktoberhälfte 1922 . . . . .	2 998 "	4 631 "	6 136 "
Januar 1922 . . . . .	268 "	408 "	548 "
Januar 1921 . . . . .	152 "	231 "	320 "
Januar 1920 . . . . .	114 "	167 "	220 "
Aug. 1913/Juli 1914 . . . . .	16,75 "	22,30 "	28,80 "

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohn in der ersten Januarhälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 2590 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 3849 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 5064 Mk. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Januarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 15 540 Mk., d. h. auf das 927fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 23 096 Mk.,

d. h. auf das 1035,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern 28,80 auf 30 383 Mk., d. h. auf das 1055fache. Das Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die ersten Januarhälfte etwa 1/10 H. wert.

**Eine tendenziöse Lohn- und Gehaltsstatistik.** Die vom Reichsamt herausgegebene Halbmonatschrift „Wirtschaftsstatistik“ erfreut sich wegen ihres gediegenen Inhalts, der ein Bild der gesamten Wirtschaftslage bietet, mit Recht allgemeiner Beachtung. Selbst „Die Rote Fahne“ benutzte die darin enthaltenen Statistiken zu ihren Wirtschaftsbetrachtungen. Um so bedauerlicher ist es, daß sich Heft 24 eine Lohn- und Gehaltsstatistik leistet, die Kritik herausfordert. Das Heft bringt ein graphisches Bild unter dem Titel „Das Absinken der Einkommen“, in dem das Verhältnis des gelehrten Arbeiters und der Gehälter der unteren und höheren Beamten in Vergleich gestellt wird zu dem des ungelerten Arbeiters am Ende der Jahre 1913 und 1922. Das Lohn des letzteren wird für beide Jahre als Index mit 100 und das Statistische Reichsamt kommt nun zu folgenden Ziffern: Gelehrte Arbeiter 1913: 145, 1922: 105; untere Beamte 1913: 159, 1922: 122; mittlere Beamte 1913: 148, 1922: 109; höhere Beamte 1913: 5,70, 1922: 2,16. Der untrübsame Leser des Bildes und Leser dieser Ziffern muß also zu der Meinung kommen, daß der Reallohn des ungelerten Arbeiters 1922 über 1913 gleich geblieben — was übrigens die Unternehmungen behaupten —, daß er aber bei den übrigen Gruppen, insbes. bei den höheren Beamten um über die Hälfte gesunken. Zugrundelegung des Existenzminimums kam aber beispielsweise ungelerner Arbeiter der Stadt Berlin 1913 mit rund 1500 Wochenlohn dem Existenzminimum in Höhe von 28,80 Mk. nahe, während er in der zweiten Dezemberhälfte 1922 nur 15 300 Mk. oberhalb dem Existenzminimum von 25 580 etwa zwei Fünftel zurückließ. So wird also Tendenzdarstellungen der höheren Beamten getrieben. Wir sind übrigens gespannt, wann nach Meinung der Privatunternehmer und der Gemeindevormaltungen als Inhaber der öffentlichen Beamten Löhne der Arbeiter gespart werden muß, dann ist es gerecht, wenn man auch an den hohen Beamtengehältern einmal diese doch weit über dem Existenzminimum stehen.

**• Eingegangene Schriften und Bücher •**

Neue Schriften zur Bekämpfung und Weiterbildung der Gewerkschaften. Da die bisher erschienenen Schriften einen guten Eindruck haben, zum Teil sogar begriffen sind, ist unsere Sammlung weiterer Schriften erweitert: — Nr. 8. Die Entwicklung und Entwicklung der Gewerkschaften. I. Teil. Von Johannes Gut, Berlin. — Der Schriftsteller wird hier in seiner Entwicklung von der Urgestalt bis in die Zeit der Gegenwart dargestellt. — Nr. 9. Die Entwicklung und Entwicklung der Gewerkschaften. II. Teil. Von Johannes Gut, Berlin. — Der zweite Teil geht bis in die neueste Zeit hinein und zeigt die Fortschritte der Kultur in Einrichtungen, Einrichtungen, Einrichtungen und Einrichtungen. — Nr. 10. Sozialismus und Arbeiterbewegung. Kurze Biographien über Owen, Weitling, Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Liebknecht, Engels, Luxemburg, Daafe, Polmar, Plek, Wurm, Degler, Bismarck, Pie, Bürger, Sadowitz. — Die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Diese im Verlage des Reichsverbandes der Gewerkschaften und Gewerkschaften erschienenen Schriften, Nr. 8, 9 und 10, sind für unsere Mitglieder zum Preis von 100 Mk. durch unsere Filialstellen zu beziehen. Mitgliederzahl 150 Mk. Einzelbesteller und Nichtmitglieder bezahlen durch die Gewerkschaft, Berlin SO, 10. Wilhelmstraße über 10 bis zum Vortage.

Das Volkstum. Von Heim und Wandern. Von Hermann 55.—74. Laufend. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68. Preis: 6.— (Januar) 400. 300 Bieder der Wandern, das frohen und Lebens, Kampf und Freiheitslieber mit Otter- und Arbeiterbewegung schon mit den ersten Auflagen bekannt waren, sind hier in überarbeiteter Form.

Der gute Schriftführer und Berichtshalter. Ein Handbuch für die Arbeiterbewegung und im Vereinleben schriftlich. Von E. Kiepert, Magdeburg. Verlag: Volkstümliche Arbeiterbewegung, G. S. 0,5 Mk. An Vereinnungen Rabatt. — Eine lehrreiche und nützlich gefüllte Handreichung für Schriftführer und Berichtshalter, die sich selbst etwas leisten wollen.

Arbeiterjugend und Jugendklub. Von Erich Ollendorff. Ein Vortrag auf der dritten Reichskonferenz des Reichsverbandes der Arbeitervereine Deutschlands am 2. Juni 1922 in Kienigerode a. A. Arbeiterbewegung, Berlin SW. 68. Preis: G. S. 0,2 Mk.

Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte. I. Teil. Von E. Ollendorff. 1922. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68. Preis: G. S. 0,8 Mk.

Jugendklub und Jugendklub. Von E. Ollendorff. Ein Vortrag auf der dritten Reichskonferenz des Reichsverbandes der Arbeitervereine Deutschlands am 2. Juni 1922 in Kienigerode a. A. Arbeiterbewegung, Berlin SW. 68. Preis: G. S. 0,4 Mk.

Die Jugendklub in der Ukraine. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Berlin SW. 68. Preis: G. S. 0,5 Mk. — Darstellungen über die Folgen der Revolution durch die russischen Bolschewisten.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Gewerkschaften (F. 27) an der. Verantwortlicher Redakteur: E. Dittmer, Ende Berlin SO, Wilhelmstraße 10. Druck: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Linden 8.